herausgegebene Sammelband von der Diagnose aus, daß sich die Rechtspflege – und damit auch das Bundesverfassungsgericht – in der Bundesrepublik in einer Krise befindet. Vor diesem Hintergrund werden vier Problemkomplexe adressiert. Auf der theoretischen Ebene erfolgt eine Diskussion der verfassungstheoretischen Grundlagen der Verfassungsgerichtsbarkeit sowie der Stellung des BVerfG im institutionellen Setting des politischen Systems der Bundesrepublik sowie in der EU. Auf der empirischen Ebene erfolgt eine exemplarische Analyse konkreter Urteile sowie eine Betrachtung des Verhältnisses von massenmedialer Öffentlichkeit und Bundesverfassungsgericht. Obwohl die Zuordnung der Beiträge zu diesen vier Kategorien zum Teil nur schwer nachzuvollziehen ist, ergibt sich daraus ein Problemtableau, das die wichtigsten Problemisues abdeckt.

Die Auswahl der Beiträge deckt die ganze Bandbreite der aktuellen Diskussion ab und fördert und provoziert somit den notwendigen – interdisziplinären – Diskurs über die Stellung des BVerfG. So argumentiert *Guggenberger*, daß das BVerfG seine homogenitätsorientierte Wertejurisdiktion hinter sich gelassen hat und die soziale und politische Pluralität der Gesellschaft systematisch in seiner Urteilspraxis reflektiert. Über die „neue Einmischungsbereitschaft“ (209) wird das BVerfG zum „Agendaagenten einer zukunfts-fähigen Politikorientierung“ (213) und damit letztlich auch zum – advokatorisch-paternalistischen – Hüter der Zivilgesellschaft. *Lietzmann* hingegen argumentiert, daß der „reflexive Konstitutionalismus“ (233) immer Ambivalenzen generiert und notwendigerweise immer „antidemokratische“ (257) und demokratische Handlungsspielräume eröffnende und sichernde Aspekte existieren. *Prantl* argumentiert am anderen Ende des Meinungskontinuums anhand des Urteils zum neuen Asylrecht, daß das „Verfassungsgericht (...) damit begonnen [hat], den Menschen Steine statt Brot zu geben“ (318). Ebenso vielfältig sind die Positionen hinsichtlich der Entwicklung der Wichtigkeit des BVerfG im Zuge des Prozesses der europäischen Einigung. Während *Guggenberger* dem Gericht eine zunehmend wichtigere Rolle attestiert, sieht *Rainer Wahl* eher eine funktionale Arbeitsteilung zwischen dem EuGH und dem BVerfG, wobei letzteres perspektivisch an Bedeutung verlieren wird.

Leider beziehen sich die Artikel nicht direkt aufeinander; dies ist der Tatsache geschuldet, daß z.T. auf bereits publiziertes Material zurückgegriffen wurde. Dies ist schade und entbehrt mitunter nicht einer gewissen Ironie, so wenn *Zuck* in seiner ersten Fußnote darauf hinweist, daß „der Beitrag (...) im Sommer 1996 abgeschlossen worden [ist]“. Zum neuesten Stand vgl. *Zuck/Lenz*, NJW 1997, 1193“. Auch sind die Beiträge von unterschiedlicher Qualität und Natur; so stehen eher feuilletonistische Artikel (*Leicht*) neben verfassungssophischen (*Böckenförde*). Dies muß nicht von Nachteil sein – hier wirkt die Auswahl jedoch ein wenig beliebig. Problematisch ist darüber hinaus die mangelnde empirische „Bodenhaf-tung“ einiger Beiträge. Dies ist auch darauf zurückzuführen, daß empirische Studien zum Verfassungsgericht noch selten sind – und in den nächsten Bänden des interdisziplinären „Forums Recht und Bürger 2000“ sicherlich noch stärkere Berücksichtigung finden werden.

DDR-FORSCHUNG

Simone Barck, Martina Langermann, Siegfried Lokatis: „Jedes Buch ein Abenteuer“. Zensur-System und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre (Zeithistorische Studien, Bd. 9). Berlin: Akademie Verlag 1997, 453 S., DM 78,-.

Peter Strunk: Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland (edition bildung und wissenschaft, Bd. 2). Berlin: Akademie Verlag 1996, 183 S., DM 84,-.

Hermann Weber

Autoritäre und erst recht totalitäre politische Systeme sind strikt bemüht, ihr Meinungsmonopol durchzusetzen. Im allgemeinen soll Zensur verhindern, daß „gegnerische“ oder „abweichende“ Meinungen in die Öffentlichkeit gelangen. Während in den Regimen des vorherigen Jahrhunderts die Zensoren recht banal vorgingen (Marx hat darüber in seinem Aufsatz über die preußische Zensur 1842 trefflich be-